

Düstere Aussichten für Sri Lanka angesichts Staatspleite und politischer Krise

Sri Lanka Advocacy und zivilgesellschaftliches Forum suchen vor Ort nach Wegen aus der Misere

(Kandy/Wuppertal, 6. März 2023) Vom 27. Februar bis zum 1. März 2023 veranstaltete das deutsche Netzwerk „Sri Lanka Advocacy“ ein Forum der Zivilgesellschaft in Sri Lanka. Mehr als 45 Vertreter*innen aus unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen, Religionsgemeinschaften und weiteren zivilgesellschaftlichen Kreisen nahmen an dem Forum in Kandy (Sri Lanka) teil. Die Tagung zielte darauf ab, auf dem Hintergrund der schweren wirtschaftlichen Krise, verursacht durch die drohende Zahlungsunfähigkeit des Inselstaates, Stimmen der Zivilgesellschaft zu hören, um Wege aus der Misere und potentielle Unterstützung durch internationale Partner wie der Bundesrepublik Deutschland zu finden. Angesichts der fast sieben Millionen Menschen, die gegenwärtig in Sri Lanka von Hunger und extremer Armut betroffen sind, ging es auch darum, Prioritäten für die entwicklungsbezogene Arbeit der vier Mitgliedsorganisationen von „Sri Lanka Advocacy“ festzulegen. Das Netzwerk wurde nach dem Ende des Krieges in Sri Lanka 2010 gegründet. Zu den Mitgliedsorganisationen gehören die Vereinte Evangelische Mission (VEM), Brot für die Welt, Misereor und die Kindernothilfe.

Krise trifft vor allem Minderheiten

Im Mittelpunkt des Austausches standen vor allem die Bevölkerungsgruppen und Minderheiten, die von der Krise besonders betroffen sind. Hierzu gehören die Menschen, die in ländlichen Regionen leben: Neben mangelnder Ernährungssicherheit haben sie kaum Zugang zu medizinischer Versorgung und Medikamenten aus dem Ausland.

Besonders gefährdet sind auch die Hochland-Tamilen. Sie wurden unter britischer Kolonialherrschaft als Arbeitskräfte aus Indien nach Sri Lanka gebracht, um in den Teeplantagen im Hochland zu arbeiten. Angesichts der extrem niedrigen Löhne und hohen Inflation sind vor allem die Frauen, die in den Plantagen als Teepflückerinnen arbeiten, von Armut betroffen.

Deutsche Bundesregierung in der Pflicht

Dr. Jochen Motte, Mitglied des Vorstands der VEM, sieht angesichts der schweren Wirtschaftskrise in dem südostasiatischen Land auch eine Mitverantwortung der Bundesregierung mit Blick auf den humanitären Aspekt der Hilfsleistung. „Deutschland sollte als Mitglied im Pariser Club, in dem die Gläubigerländer zusammengeschlossen

Vereinte Evangelische Mission

Dr. Martina Pauly · Pressesprecherin

Rudolfstr. 137 · D-42285 Wuppertal

Fon +49 (0)202 89004-135 · Fax +49 (0)202 89004-179

Pauly-m@vemission.org · www.vemission.org

sind, darauf hinwirken, dass mögliche Vereinbarungen zur Lösung der Schuldenkrise nicht auf dem Rücken der Ärmsten der Armen ausgetragen werden. Ferner sollte die deutsche Regierung darauf hinwirken, dass politische und zivile Minderheitenrechte in Sri Lanka gestärkt und garantiert werden“, so Dr. Jochen Motte, der die Menschenrechtsarbeit der VEM verantwortet.

Stichwort „VEM“

Die Vereinte Evangelische Mission (VEM) mit Büros in Wuppertal, Indonesien und Tansania ist eine internationale, gleichberechtigte Gemeinschaft von 39 Mitgliedern, darunter 32 evangelische Kirchen in Afrika und Asien sowie sechs deutsche EKD-Kirchen und die v. Bodelschwingschen Stiftungen Bethel. Die VEM verfolgt konsequent ein ganzheitliches Missionsverständnis. Dazu gehört, die Lebensumstände notleidender und benachteiligter Menschen unter Achtung ihrer persönlichen Würde und Berücksichtigung ihres kulturellen Kontexts zu verbessern.